



Januar 2011

Strategische Themen der internationalen Politik und Wirtschaft

- **Europäisch-Amerikanische Partnerschaft wichtiger denn je** Seite 2
- **Gefahr der Polarisierung durch neue globale Elite** Seite 2
- **„Grüne Informationstechnologie“ hat großes Umweltpotential** Seite 3

Schwerpunkt Entwicklungs- und Schwellenländer

- **Verschiebung globaler Kapitalströme in Schwellenländer** Seite 4
- **Entwicklungshilfe auf afrikanische Art: Soldaten vortreten!** Seite 5
- **Globale Armut: Wurde das Millenniumsziel bereits 2008 erreicht?** Seite 5
- **Kampf gegen den Hunger: Schwellenländer in die Pflicht nehmen!** Seite 6
- **Ohne Frauen kein Frieden bei der internationalen Konfliktlösung** Seite 7

Anzeige

Studiengang zum Master of Public Policy (MPP)

Die Berliner HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance bietet mit dem berufs begleitenden Studium zum Master of Public Policy (MPP) einzigartige Möglichkeiten, wegweisende Lösungen für die wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart zu entwickeln und konkret umzusetzen.

Das zweijährige Studium ist gleichzeitig intellektuell anspruchsvoll, praktisch wertvoll und höchst partizipativ. Entwerfen, Kommunizieren und Umsetzen gesellschaftlich wertvoller Projekte sind die entscheidenden vermittelten Qualifikationen. Nur in der Kombination erreichen sie die Erfolge, die engagierte Ziele verdienen.

Mehr Informationen unter www.humboldt-viadrina.org

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 22.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service. Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.246 303 633

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Andrew Rasiej
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus LÖBBECKE AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

Europäisch-Amerikanische Partnerschaft wichtiger denn je

Fabrice Pothier, Constanze Stelzenmüller, und Thomas Valasek, Stopping the Drift: Recalibrating the Transatlantic Relationship for a Multipolar Age, *Centre for European Studies*, Januar 2011

Wider Erwarten hat sich seit der Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten die Kluft über den Atlantik hinweg geweitet. Besonders die Finanzkrise hat auf beiden Seiten isolationistische Tendenzen verstärkt: Amerikaner und Europäer konzentrieren sich zusehends auf ihre nationalen Angelegenheiten. Dies ist aber angesichts der doppelten Herausforderung durch Globalisierung und Multipolarität der falsche Weg. Besonders der Aufstieg neuer Mächte (Brasilien, Russland, Indien und China) gefährdet die bisherige internationale Ordnung, ohne sie durch eine neue zu ersetzen. Somit können es sich weder die USA noch Europa leisten, das transatlantische Verhältnis weiter zu vernachlässigen.

Um die transatlantische Gemeinschaft fit für die multipolare Welt zu machen, müssen Transatlantiker in den folgenden Bereichen aktiv werden:

1. Europa muss wieder an Stärke und Einfluss gewinnen: Europa muss durch bessere Koordination auf EU-Ebene seine internen Differenzen überwinden. Die Mitgliedsstaaten müssen eine strengere Überwachung und Regulierung durch die EU zulassen. Als führende Wirtschaftsmacht muss Berlin wieder Kompromisse mit anderen suchen, auch um gemeinsame Positionen zu Wachstum und Wirtschaftsreformen zu erarbeiten. Außenpolitisch sollte eine Expertengruppe regelmäßig europäische Geheimdienst-Einschätzungen zusammenstellen (ähnlich dem Nationalen Geheimdienststrat der USA). Dies kann perspektivisch zur Erstellung eines europäischen Sicherheitspapiers führen. In Bezug auf die instabile europäische Peripherie (von Nordafrika bis Weißrussland) bedarf es pro-aktiven Engagements. Wirtschaftliche und kulturelle Netzwerke können die Lage entschärfen, ohne dass dies gleich in einem kontroversen Erweiterungsprozess mündet.
2. Beseitigung von Barrieren in der Zusammenarbeit: Im Wirtschaftsbereich müssen Handelshemmnisse abgebaut, Märkte geöffnet, gesetzgeberische Regulierung (Finanzmärkte, Banken) und der Verbraucherschutz harmonisiert sowie der Erfahrungsaustausch bei der nachhaltigen Energienutzung gefördert werden. Im Verteidigungsbereich müssen die NATO und die EU mit Blick auf die Entwicklung einer gemeinsamen Stabilisierungsdoktrin zusammenarbeiten. Um Ausgaben zu senken, sollte ein europäischer Markt für Rüstungsgüter geschaffen werden. Das neue Abkommen zur Handelskooperation im Verteidigungsmarkt zwischen den USA und Großbritannien sollte auf alle EU-Mitglieder ausgeweitet werden.
3. Gemeinsame Agenda für ein Klima der internationalen Zusammenarbeit: Die transatlantischen Partner dürfen sich in internationalen Institutionen (UNO, Weltbank, IWF, WTO) nicht gegen eine Umverteilung der Macht an Drittstaaten sträuben. Die Europäer sollten stets nur einen Sitz für sich beanspruchen. Internationale Kollaboration ist besonders bei Fragen der Global Governance (Abrüstung, Klimawandel etc.) wichtig. Falls andere Mächte sich weigern mitzuziehen, sollten hier die transatlantischen Partner ihre Zusammenarbeit notfalls getrennt von ihnen weiter betreiben.

Heute haben US-Amerikaner und Europäer mehr Gründe denn je zusammenzuarbeiten. Besonders der Aufstieg autoritärer Regime weltweit sollte ihnen ins Gedächtnis rufen, wie wichtig sie füreinander und für die Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen und Werte sind. Die transatlantischen Partner dürfen sich nicht abschotten. Sie müssen aktiv ihre noch zögerliche Öffentlichkeit überzeugen, dass in Zeiten knapper Ressourcen die transatlantische Zusammenarbeit die beste Option bietet, in der multipolaren Welt zu bestehen. [Mehr...](#)

Gefahr der Polarisierung durch eine neue globale Elite

Chrystia Freeland, The Rise of the New Global Elite, *The Atlantic*, Januar/Februar 2011

Informationstechnologien und Globalisierung haben ein Phänomen hervorgebracht, das enormen sozialen Sprengstoff birgt: Weltweit entsteht eine neue globale Elite der Superreichen. Sie ist dabei, sich sozial und politisch immer mehr von der breiten Masse der Bevölkerung in ihren Heimatländern abzusondern. Vor der Finanzkrise wurde diese Konzentration von Reichtum in den Händen einiger weniger noch weitgehend durch den Kreditboom verdeckt. Doch die Auswirkungen der „großen Rezession“ haben die wachsende Kluft zwischen arm und reich wieder ungeschminkt zu Tage treten lassen.

Die Situation kann sich weiter verschärfen und sogar den internationalen Frieden gefährden, wenn nicht bald gegengesteuert wird.

Die neue globale Elite ist in der Tat etwas Neues: Sie ist eine Klasse, die ihren sozialen und finanziellen Aufstieg der parallelen Entwicklung von Globalisierung und Informationstechnologien verdankt. Die weltweite Liberalisierung des Handels und wachsende internationale Konkurrenz hat dazu geführt, dass sich in allen Ländern eine kleine Oberschicht herausgebildet hat. Dank einer guten Ausbildung und harter Arbeit steht diese Gruppe meist an der Spitze führender internationaler Unternehmen. Durch die neuesten Kommunikationstechnologien ist sie untereinander oft besser vernetzt als mit anderen Bevölkerungsgruppen in ihren jeweiligen Heimatländern. Inzwischen ist diese neue Klasse zu einer transglobalen Gemeinschaft Gleichgesinnter zusammengewachsen – eine neue Plutokratie – die disproportional über Macht und Einfluss verfügt. Ihre Mitglieder aber verdanken ihre Karrieren meist den durch die Globalisierung verursachten wirtschaftlichen Umwälzungen. Eben diese haben aber viele ihrer Landsleute aufgrund von Arbeitslosigkeit in finanzielle Bedrängnis gebracht. Dennoch sieht die Elite ihren Reichtum und ihren speziellen sozialen Status als eigenen Verdienst an. Sie wehrt sich dagegen, mehr an ihre weniger erfolgreichen Mitbürger abzugeben, beispielsweise über höhere Steuern. Stattdessen bemüht sie sich, über eigene philanthropische Stiftungen in einer Art Wettstreit um die besten Ideen zur Verbesserung der Welt beizutragen. Dabei erfüllen diese Institutionen als Statussymbole in der Welt der heutigen Reichen ähnliche Funktionen wie die Yachten von einst. Auch die von ihnen organisierten internationalen Konferenzen dienen nicht nur dem Gemeinwohl, sondern erlauben den sozialen Austausch der neuen globalen Elite untereinander und tragen zu ihrem Selbstverständnis bei.

Die Welt braucht die neue globale Elite, denn ihr Innovationsgeist und Unternehmertum führen auch zu gesellschaftlich nützlichem Fortschritt und Wirtschaftswachstum. Richtig genutzt erlaubt das mehr Menschen Teilhabe am Wohlstand. Allerdings muss sich die globale Elite darüber klar werden, dass sie nicht in einem Vakuum existiert: Es ist in ihrem eigenen Interesse, dass der Reichtum besser verteilt wird. Denn die strikte Weigerung der neuen Elite, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten weltweit besser regulieren zu lassen, wird zu einer Gegenbewegung führen. Populistischen Forderungen nach protektionistischen Maßnahmen in einzelnen Ländern oder gar der Bekämpfung der Globalisierung werden lauter werden. Das wiederum kann die Faktoren untergraben, denen die neue globale Elite ihre Existenz verdankt. [Mehr...](#)

„Grüne Informationstechnologie“ hat großes Umweltpotential

Stefan Heng, Green IT: More than a Passing Fad! *Deutsche Bank Research*, 13.01. 2011

Es schlummert noch enormes Einsparungspotential im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT). Experten gehen davon aus, dass bis 2020 die Hälfte des CO₂-Ausstoßes dieses Sektors durch die Anwendung „grüner Informationstechnologie (IT)“ eingespart werden kann. Doch dafür müssen bereits heute die richtigen Schritte unternommen werden, damit „grüne IT“-Projekte effektiver und schneller umgesetzt werden können.

Die „grüne IT“ ist deshalb so vielversprechend, weil sie die Senkung des Treibhausgasausstoßes aus zwei Richtungen in Angriff nimmt. Prägend sind hier die Begriffe *grün innerhalb der IT* und *grün durch IT*. Ersterer bezeichnet die zu erzielenden Einsparungen, wenn bei IT-Anwendungen verstärkt auf sparsamen Ressourcenverbrauch (z.B. durch Recycling) und höhere Energieeffizienz geachtet wird. Der zweite Begriff bezieht sich auf Effizienzgewinne, die dadurch erreicht werden, dass intelligente IT-Systeme konsequent in der Steuerung der Gesamtwirtschaft zum Einsatz kommen. Letzteres beinhaltet beispielsweise auch den Rückgang an Pendlerverkehr, wenn Menschen von zu Hause am PC arbeiten. Doch trotz ihres offensichtlichen Potentials tun sich „grüne IT“-Projekte heute noch schwer. Dies liegt oft auch daran, dass ihre Umsetzung durch strukturelle Probleme innerhalb von Firmen behindert wird. Nur etwa ein Drittel aller kleinen und mittleren Unternehmen hat einen Umweltbeauftragten, der sich um solche Anliegen kümmert. Zudem ist die Zusammenarbeit zwischen IT- und Umweltabteilungen selbst bei größeren Unternehmen nicht immer gewährleistet, da sich diese traditionell als völlig unterschiedliche Einheiten betrachten. So wird die Verantwortung für IT- und Umweltbudgets selten unterhalb der obersten Führungsetage gemeinsam gehandhabt. Obwohl die Abschreibungsdauer für „grüne IT“-Projekte sich im Rahmen von vier

Jahren bewegt, fürchten 43% der Betriebe das Investitionsrisiko. 33% der Unternehmer schreckt ab, dass sie für die Umsetzung zuerst die nötige Zustimmung ihrer Aktionäre brauchen. Weitere 33% zögern, „grüne IT“-Projekte zu lancieren, da es an Erfahrungen mit solchen neuartigen Unternehmungen mangelt.

Dies hat zur Folge, dass sich heute lediglich 26% der Firmen verpflichtet fühlen, „grüne IT“ in ihre Geschäftspraktiken einzubeziehen. Damit das Potential „grüner IT“-Technologie nicht länger nur suboptimal genutzt wird, müssen vor allem die Geschäftsleitungen von ihrem Wert überzeugt sein und pro-aktiv ihre Umsetzung verfolgen. Die Leiter von IT- und Umweltabteilungen müssen dringend besser kooperieren. Besonders das Engagement der Belegschaft über Abteilungen hinweg ist gefragt, wenn Klima- und Umweltziele erreicht werden sollen. Zentral für den Erfolg der „grünen IT“ ist und bleibt aber die Unterstützung, die sie in der Öffentlichkeit erfährt. Die Politik sollte hier den Firmen, die in „grüne IT“-Projekte investieren wollen, unter die Arme greifen (z.B. durch Subventionen und die Schaffung entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen). Wichtig sind auch öffentliche Informationskampagnen, um Verbraucher aufzuklären und die Zielsetzung der „grünen IT“ besser zu kommunizieren. Denn im Idealfall stellt die „grüne IT“ eine „win-win“ Situation dar: Sie kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern sie geniert auch neue Geschäftsmodelle und flexible Arbeitsplätze, z.B. in den Bereichen Landwirtschaft, Logistik und Bauwesen. [Mehr...](#)

Schwerpunkt Entwicklungs- und Schwellenländer

Verschiebung globaler Kapitalströme in Schwellenländer

Richard Dobbs et al., Farewell to Cheap Capital? The implications of long-term shifts in global investment and saving, *McKinsey Global Institute*, Dezember 2010

Schon bald werden grundlegende Veränderungen auf die Finanzwelt und die Weltwirtschaft zukommen: Prognosen zufolge wird weltweit bis 2025 über die Hälfte des Sparens und der Investitionen in Schwellenländern stattfinden – mit gravierenden Auswirkungen auf die Geschäftsmodelle einzelner Firmen, Finanzinstitute und Kapitalanlagegesellschaften. Der erwartete Bauboom in den Entwicklungsländern und sinkende Spareinlagen weltweit werden dazu führen, dass die Ära der niedrigen Zinsen bald zu Ende ist. Diesen Übergang harmonisch zu gestalten, stellt politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger vor große Herausforderungen.

Die rapide Verstärkung in Entwicklungsländern bedingt eine enorm steigende Nachfrage nach Kapital zum Bau von Infrastruktur. Die Einwohner dieser neuen Städte werden aufgrund ihres steigenden Lebensstandards neue Anforderungen stellen, beispielsweise in Bezug auf den Wohnungsbau oder die bessere Versorgung der Bevölkerung mit neuen Krankenhäusern und Schulen. Bis zum Jahr 2020 wird die Nachfrage nach Investitionskapital auf den höchsten Stand seit dem Wiederaufbau Europas und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg steigen – sie könnte bis 2030 über 25% des BIPs erreichen. Doch dieser Entwicklung steht eine geringere Sparquote gegenüber. Dies liegt daran, dass Länder wie China ihre Bewohner anhalten, weniger zu sparen, um den Binnenkonsum anzuregen. Gleichzeitig steigt in vielen Staaten (u.a. auch in China) das Alter der Bevölkerung. Ältere Menschen ohne ausreichende Altersvorsorge sind gezwungen, auf ihre Sparrücklagen zurückzugreifen. Die Ausgaben für Renten werden bis 2030 etwa 3,5% des globalen BIP ausmachen. All dies wird die Defizite öffentlicher Haushalte stark anwachsen lassen und private sowie betriebliche Rücklagen aufbrauchen.

Unternehmen und Regierungen müssen sich rechtzeitig anpassen. Firmen mit einer höheren Kapitalproduktivität werden in der neuen Ära im Vorteil sein. Darüber hinaus empfiehlt es sich, den Zugang zu Finanzierungsquellen zu pflegen und in Ländern mit hohen Sparraten neue zu erschließen (z.B. dortige Staatsanleihen, Rentenfonds). Für Finanzinstitutionen werden Privatkunden und kommerzielle Bankgeschäfte wieder attraktiver werden. Die Regierungen müssen Kapitalflüsse von Sparern in Richtung der Länder und Branchen steuern, wo sie für produktive Investitionen dringend gebraucht werden. Industrieländer wie die USA und Großbritannien müssen zudem versuchen, zur Anregung des Wachstums weniger auf den Konsum zu setzen. Um Sparer zu fördern, sollten Spareinlagen steuerfrei sein. Zudem sollten Arbeitnehmer automatisch in Pensionsfonds eingebunden und das Rentenalter angehoben werden. In Schwellenländern hingegen muss viel mehr für die Entwicklung von leistungsfähigen und stabilen Finanzmärkten getan werden. Die Banken müssen alle Bevölkerungsschichten mit ihren Diensten erreichen. Neue gesetzliche

Rahmenbedingungen sollten zudem langfristige Infrastrukturinvestitionen erleichtern. [Mehr...](#)

Entwicklungshilfe auf afrikanische Art: Soldaten vortreten!

Shannon D. Beebe, Africa: Security and development for the twenty-first century, *openDemocracy*, 18.01. 2011

Augen geradeaus, Baupläne und Schulbücher geschultert, Vorwärts, Marsch! So oder ähnlich könnten bald in afrikanischen Staaten und anderen Entwicklungsländern die Befehle der Militärs klingen. Denn seit Jahrzehnten stößt vor allem in fragilen Staaten die Entwicklungshilfe an ihre Grenzen: Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit lässt sich kein Land wiederaufbauen. Besonders in Afrika hindert die prekäre Sicherheitslage die Menschen daran, ihre Lebensumstände mit Hilfe des vorhandenen Rohstoffreichtums zu verbessern. Hier müssen Sicherheitskonzepte grundlegend überdacht werden und ein neues entwicklungspolitischen Paradigma – ein „Model der menschlichen Sicherheit“ – zum Tragen kommen.

Afrika braucht für nachhaltige Entwicklung nachhaltige Sicherheit. Westlichen Hilfsorganisationen entgeht oft, dass in Afrika Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung nicht voneinander getrennt werden können. Wo Gewalt und Unsicherheit herrschen, findet alltäglich ein Überlebenskampf statt. Langfristige Interessen fallen kurzfristigen zum Opfer: Wälder werden abgeholzt und die Umwelt zerstört, um Geld zu verdienen und etwas zu essen zu haben. Wer heute überleben will, muss kämpfen und hat keine Zeit für eine formale Schulbildung, die ihm später vielleicht einmal ein Auskommen sichern könnte. Die Bevölkerungsgruppen brauchen ein Minimum an sicherheitspolitischer Stabilität, damit überhaupt wirtschaftliche Tätigkeiten stattfinden können. Obwohl Sicherheit unstrittig ein zentrales Anliegen auf dem Kontinent ist, bleibt doch die Frage, wie diese Stabilität erreicht werden kann. Für westliche Militärberater ist Afrika immer noch ein Buch mit sieben Siegeln: Ihr Sicherheitsmodell, dass sich auf den Staat und konventionelle Gefahren konzentriert, greift angesichts der chaotischen, vielschichtigen Bedrohungen vor Ort zu kurz. Für afrikanische Militärs stellt sich die Herausforderung, die Sicherheitslage zu stabilisieren, völlig anders dar: Denn es fehlt überall an allem. Nur wenn Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden (Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen, Bekämpfung von Krankheiten und Armut, Aufbau von Infrastruktur), kann auch sicherheitspolitisch eine Befriedung stattfinden. Dies stößt auf Unverständnis bei westlichen Militärs, für die solche Problematiken in den entwicklungspolitischen Bereich gehören, und keinesfalls in die Sicherheitspolitik. Doch für afrikanische Militärs sind Umweltbedingungen Sicherheitsanliegen: Nur durch eine Verbesserung der äußeren Umstände kann die Sicherheitslage nachhaltig stabilisiert werden.

Dieses neue Verständnis des Sicherheitskonzepts in Afrika verlangt in logischer Konsequenz, sicherheitspolitische Instrumente in entwicklungspolitische umzuwandeln: Die Armee – der allzu oft einzig funktionstüchtige Teil des Staatswesens in Afrika – muss in ein entwicklungspolitisches Instrument umgeformt werden. Soldaten sollten dringend als Fachkräfte ausgebildet werden (z.B. Bauleiter, Handwerker, Mediziner und Abwasserspezialisten). Somit kann eine Arbeitsreserve entstehen, die bereits während ihrer Militärzeit aktiv am Aufbau des Landes mitwirkt. Nach ihrer Entlassung stellen die Soldaten zudem einen Mehrwert für die Gemeinden dar, in die sie zurückkehren. Sie können ihr erworbenes Können dazu nutzen, Arbeitsplätze für sich selbst und andere zu schaffen. Indem sie ihre Kenntnisse weiterreichen, potenzieren sie zudem die Auswirkungen ihres Schulungsprogramms. Somit kann das „Model der menschlichen Sicherheit“ auf pragmatische Weise und in relativ kurzer Zeit dazu beitragen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika nachhaltig voran gebracht und die Sicherheitslage langfristig stabilisiert wird. [Mehr...](#)

Globale Armut: Wurde das Millenniumsziel bereits 2008 erreicht?

Laurence Chandy and Geoffrey Gertz, Poverty in Numbers: The Changing State of Global Poverty from 2005 to 2015, *Brookings Institution*, Januar 2011

Ein Millenniumsziel wurde erreicht – und keiner hat es bemerkt? Neue Untersuchungen zur globalen Armut belegen, dass das Ziel, die Zahl der in Armut lebenden Menschen weltweit zwischen 1990 und 2015 zu halbieren, möglicherweise bereits 2008 erreicht wurde. Doch diese Ergebnisse liegen erst seit kurzem vor. Selbst beim UN-Armutsgipfel

im September 2010 wurde noch mit Zahlen gearbeitet, die aus dem Jahr 2005 stammen. Die neuen Zahlen sind nicht nur Grund zum Feiern, sondern zeigen auch, wo heute noch Handlungsbedarf besteht und welche Maßnahmen den verbleibenden 878 Mio. Menschen helfen können, die noch immer in erdrückender Armut leben.

Die neuen Zahlen sind wirklich erstaunlich: Im Zeitraum zwischen 2005 und 2010 gelang es beinahe einer halben Milliarde Menschen, der Armut zu entkommen. Ohne die Auswirkungen der Finanzkrise wären es sogar noch mehr gewesen. Bis 2015 könnte die Anzahl der Bedürftigen sogar auf unter 600 Mio. sinken. Als arm gilt laut Weltbank, wer mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag seinen Lebensunterhalt bestreiten muss. Über die letzten 30 Jahre waren besonders Süd- und Ostasien sowie Afrika von der Armut betroffen. Bis 2015 wird jedoch der Anteil Asiens an der globalen Armut stark fallen, Afrikas Anteil dagegen zunehmen – von 28% in 2005 auf dann 60%. Somit wird Verarmung mehr und mehr zu einem afrikanischen Problem, besonders in der Region südlich der Sahara. Seit 2005 ist die Armut in Afrika um lediglich 2,1% zurückgegangen (weltweit dagegen um 38,6%). Eine weitere Charakteristik der neuen globalen Armut ist ihre zunehmende Konzentration in fragilen Staaten: Während dort 2005 nur 20% aller Armen lebte, werden es bis 2014 über 50% sein. Die Hälfte aller Kinder in diesen Staaten stirbt vor ihrem fünften Geburtstag, von den Überlebenden bekommen lediglich 50% eine Schulausbildung. Kein fragiler Staat hat bis heute auch nur ein Millenniumsziel erreicht.

Diese Zahlen machen deutlich, dass sich die internationale Entwicklungshilfe auf zwei Gebiete konzentrieren muss: fragile Staaten und Afrika südlich der Sahara. Besonders fragile Staaten stellen eine große Herausforderung dar, weil hier eine wirtschaftliche Unterentwicklung oft zu einem Sicherheitsproblem wird. Fehlende Regierungsführung erschwert die Bemühungen vor Ort zusätzlich. Auch werden internationale Hilfsorganisationen ihre Aktivitäten stärker auf Afrika südlich der Sahara fokussieren müssen. Hoffnung macht dabei ein neues Instrument zur Armutsbekämpfung, dessen Popularität aufgrund seiner Einfachheit und Effektivität stark zugenommen hat: Bargeldauszahlungen direkt an Arme. Wenn diese Zahlungen an Konditionen wie regelmäßige Arzt- und Schulbesuche gebunden werden, schaffen sie zudem eine Art sozialen Sicherheitsnetzes. Die konsequente Umsetzung solcher Zahlungen anstelle der traditionellen Entwicklungshilfe hätte beispielsweise im Jahr 2010 nur 66 Mrd. US-Dollar gekostet – etwas mehr als die Hälfte aller offiziellen internationalen Hilfszahlungen. [Mehr...](#)

Kampf gegen den Hunger: Schwellenländer in die Pflicht nehmen!

Shenggen Fan und Joanna Brzeska, *The Role of Emerging Countries in Global Food Security*, *International Food Policy Research Institute*, Dezember 2010

Der Kampf gegen den weltweiten Hunger wird oft als die alleinige Aufgabe der Industriestaaten gesehen. Doch die Zeiten ändern sich: Mit Schwellenländern wie Indien, China und Brasilien treten heute neue Mächte auf die Weltbühne, die weitaus mehr als bisher beitragen könnten und sollten. Denn zum einen leben nicht wenige der 878 Mio. Menschen, die 2010 noch Hunger leiden mussten, in diesen Ländern. Zum anderen verfügen sie als Hauptproduzenten von Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Mais und Reis über bedeutende Hebel, um wirklichen Wandel herbeizuführen.

Brasilien, China und Indien müssen die Versorgungssicherheit ihrer Bevölkerung besser gewährleisten und gleichzeitig anderen Entwicklungsländern durch Handel, Investitionen und Hilfsprogramme bei der Überwindung der Armut helfen. Um den Bedarf ihrer Bürger an Nahrungsmitteln besser zu decken, sollten die drei Länder gezielt in die Forschung und Entwicklung im Agrarsektor investieren. Damit Kleinbauern leichter Zugang zu Märkten erhalten, müssen sie über bessere Vernetzungs- und Transportmöglichkeiten verfügen (z.B. Internetanschlüsse und Straßennetze). Zudem ist der gezielte Ausbau der sozialen Sicherungsnetze unabdingbar, damit externe Schocks nicht gleich zu existenziellen Bedrohungen für die Bevölkerung werden. Bei Direktinvestitionen der drei Schwellenländer in Entwicklungsländern sollte darauf geachtet werden, dass sie konkreten Nutzen für diese Länder bringt. Der Infrastrukturausbau vor Ort und die Ausbildung lokaler Fachkräfte sollten Vorrang erhalten. Höhere Umweltstandards müssen eingeführt und bestehende Handelschranken zwischen Schwellenländern und Entwicklungsländern abgebaut werden.

Bei einem verstärkten „Süd-Süd“-Erfahrungsaustausch zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern sollten die Erfahrungen der Schwellenländer mit ihrer eigenen

Entwicklung relevanter sein als die der Industrienationen. Brasilien, China und Indien sollten zusammenarbeiten, um Datenbanken und Informationssysteme zu entwickeln, damit die Entwicklungsländer von den doch recht unterschiedlichen Erkenntnissen aus der wirtschaftlichen Entwicklung in den drei Ländern profitieren können. Beispielsweise hat China sehr viele Erfahrungen mit Pilotprogrammen gesammelt, während Indien verstärkt auf Subventionen und Brasilien auf innovative Sozialprogramme setzte. Damit ist die herkömmliche „Nord-Süd“-Entwicklungszusammenarbeit aber nicht auf einmal überflüssig geworden. Ganz im Gegenteil, alle an der Entwicklungshilfe beteiligten Akteure müssen sich verstärkt austauschen. Auf Plattformen für den konstruktiven Dialog könnten die Beteiligten über die Gründe diskutieren, warum gewisse Programme und Ideen funktionieren, andere hingegen nicht. Dadurch könnten Überschneidungen vermieden, Hilfsprojekte optimiert und so wertvolle Ressourcen in der Bekämpfung von Hunger und Armut eingespart werden. [Mehr...](#)

Ohne Frauen kein Frieden bei der internationalen Konfliktlösung

Valerie Norville, *The Role of Women in Global Security*, *United States Institute of Peace*, Januar 2011

Es wäre töricht anzunehmen, irgendein Land der Welt könnte nachhaltig befriedet werden, wenn die Hälfte seiner Bevölkerung gezielt vom Friedensprozess ausgeschlossen wird. Doch genau dies geschieht mit verblüffender Regelmäßigkeit weltweit, denn Frauen bleibt selbst zehn Jahre nach der UNO Resolution 1325 fast überall die Teilnahme an der Konfliktlösung untersagt. Damit der Frieden endlich eine Chance bekommt, müssen konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, um zeitnah möglichst viele Frauen in Friedensprozesse einzubeziehen.

Es stimmt nachdenklich, dass 31 der heute insgesamt 39 aktiv geführten, bewaffneten Konflikte weltweit die Verlängerung älterer Auseinandersetzungen darstellen, bei denen Friedensverhandlungen gescheitert sind. In allen diesen 31 Fällen waren Frauen von den Friedensgesprächen ausgeschlossen. Statistisch gesehen sitzen an den Verhandlungstischen weltweit lediglich 8% Frauen und von den Unterzeichnern von Friedensverträgen sind nur 3% weiblich. Dieser Missstand lässt sich auch am Beispiel der UN-Friedensmissionen ablesen: Selbst dort sind nur 3% aller Soldaten weiblich. Dabei hat die internationale Praxis gezeigt, dass die höhere Beteiligung von Frauen in drei Bereichen den Frieden gezielt fördert: bei friedenserhaltenden Operationen, beim wirtschaftlichen Wiederaufbau und bei der Aussöhnung nach Konflikten. Bereits im Stadium der militärischen Konfliktbeendigung empfiehlt es sich, dass Einheiten zu gleichen Teilen aus männlichen und weiblichen Soldaten bestehen, und zwar auf allen Kommandoebenen. Gleiches muss auch für Polizeieinheiten gelten. Doch um mehr Frauen für solche Aufgaben zu gewinnen, muss ihre physische Sicherheit gewährleistet werden. Die strikte Ahndung sexueller Straftaten ist ein kritischer Bestandteil ihres Schutzes. In diesem Zusammenhang sind Frauennetzwerke und die Behandlung erlittener Traumata besondere wichtig, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich. Angesichts der noch schwindend geringen Zahl aktiver weiblicher militärischer aber auch gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Führungskräfte sollte zudem eine gezielte Medienkampagne bereits vorhandene Kader als Inspiration und Rollenmodelle für nachrückende Kräfte öffentlichkeitswirksam platzieren. Damit für Frauen in Führungspositionen auch die politische Mitwirkung Realität wird, sind Frauenquoten notwendig, über die sie in nationale Parlamente gewählt werden können. Denn nur wenn nach einem Krieg auch die politische Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Bildung der neuen Regierung konsequent beherzigt wird, werden ihre Anliegen bei der Formierung nationaler Prioritäten und Budgets angemessen berücksichtigt.

Die Formbarkeit von Post-Konflikt-Situationen bietet Frauen einzigartige Gelegenheiten, althergebrachte kulturelle Barrieren, die sie in ihrer Entwicklung und Entfaltung hindern, zu überwinden. Durch ihre aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben tragen sie wesentlich zu der nötigen sozialen Transformation in ihren Post-Konflikt-Ländern bei. Dieser Transformationsprozess schafft die Voraussetzungen für eine Versöhnung, die verhindert, dass nach kurzer Zeit erneut Konflikte ausbrechen. In den betroffenen Ländern müssen Regierungsmitglieder und lokale Gemeindeoberhäupter davon überzeugt werden, dass die stärkere Partizipation von Frauen unabdingbar für die Schaffung eines dauerhaften Friedens ist. [Mehr...](#)

In eigener Sache:

Online-Wettbewerb

"Women on Transatlantic Security"

Atlantic-Community.org – der Online Think Tank der Atlantischen Initiative – richtet einen neuen Leitartikel-Wettbewerb aus, um die sicherheitspolitische Debatte mit den Analysen, Perspektiven und Politikempfehlungen von jungen Frauen zu bereichern.

Noch bis zum 1. März 2011 können Frauen unter 40 Jahren einen 500-1.000 Wörter langen, bisher unveröffentlichten englischsprachigen Leitartikel zu einem sicherheitspolitischen Thema einreichen.

Der Wettbewerb wird von der U.S.-Vertretung bei der NATO und der NATO Public Diplomacy Division gesponsert. Die unabhängige Jury wählt drei Gewinnerinnen aus, an die ein Preisgeld in Höhe von insgesamt EUR 1.800,- vergeben wird.

Nähere Information unter:

<http://www.atlantic-community.org/index/about/women>



ATLANTIC-COMMUNITY.ORG

Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank Atlantic-Community.org! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)
Verantwortliche Redakteure: Chris Wilcox/Björn Sacknieß
© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin
Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633
Email: info@atlantische-initiative.org